Das Märchen von der „reaktionären weißen Arbeiterklasse“

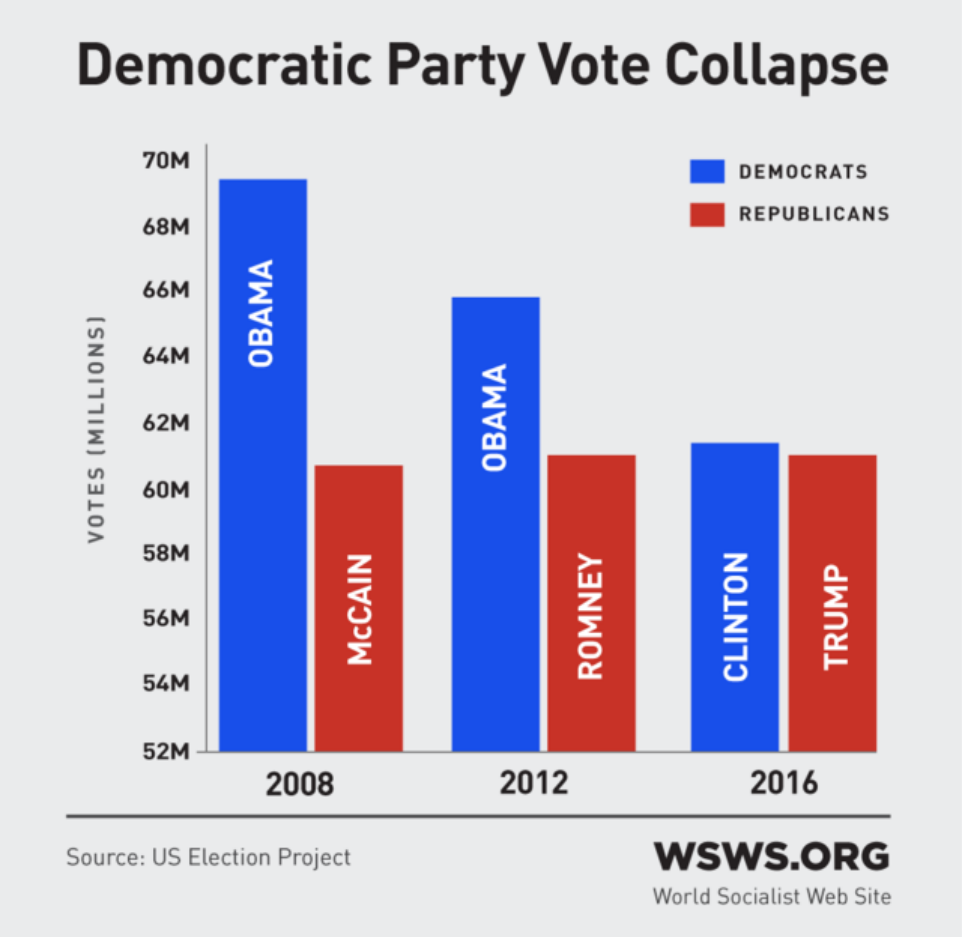
Eric London. Die Demokratische Partei und die Medien schreiben Trumps Wahlsieg allgemein der Unwissenheit, der Rückständigkeit und dem tief verwurzelten Rassismus und Sexismus der „weißen Arbeiterklasse“ zu.

Die New York Times veröffentlichte letzten Mittwoch einen Artikel mit der Überschrift „Der Grund für Trumps Sieg: Weiße Arbeiter“. Am Donnerstag erklärte Times-Kolumnist Charles Blow: „Man muss davon ausgehen, dass Donald Trump ein bigotter Präsident sein wird. Es ist absolut möglich, dass Amerika ihn nicht trotzdem, sondern gerade deshalb gewählt hat.“

Die sogenannte „linke“ Presse verfolgt den gleichen auf Rassenfragen konzentrierten Erklärungsansatz. So schrieb Monica Potts vom Magazin The Nation mit gehässigem Sarkasmus: „Es mangelte im Wahlkampf nicht an einfühlsamen, bekümmerten Schilderungen der weißen Arbeiterklasse und ihrer wirtschaftlichen Sorgen...“

Potts erklärt Trumps Wahlsieg in Begriffen von Identität, Rasse und Geschlecht: Die Arbeiterklasse in ländlichen Gebieten verdiene „mehr Geld als ihre armen Nachbarn. Sie glauben, sie würden im Gegensatz zu anderen – ihren Nachbarn, Einwanderern, Afroamerikaner in den Innenstädten – hart arbeiten... Es könnte ihnen zwar durchaus besser gehen und sie haben es wirklich nicht leicht, aber in dieser Wahl ging es um ihre kulturelle Identität... Es ging nicht um Sorgen, sondern um Identität.“

Diese identitätsbasierte Auslegung der Präsidentschaftswahl führt zu einem falschen Bild, das von einer einfachen Analyse der Daten widerlegt wird.

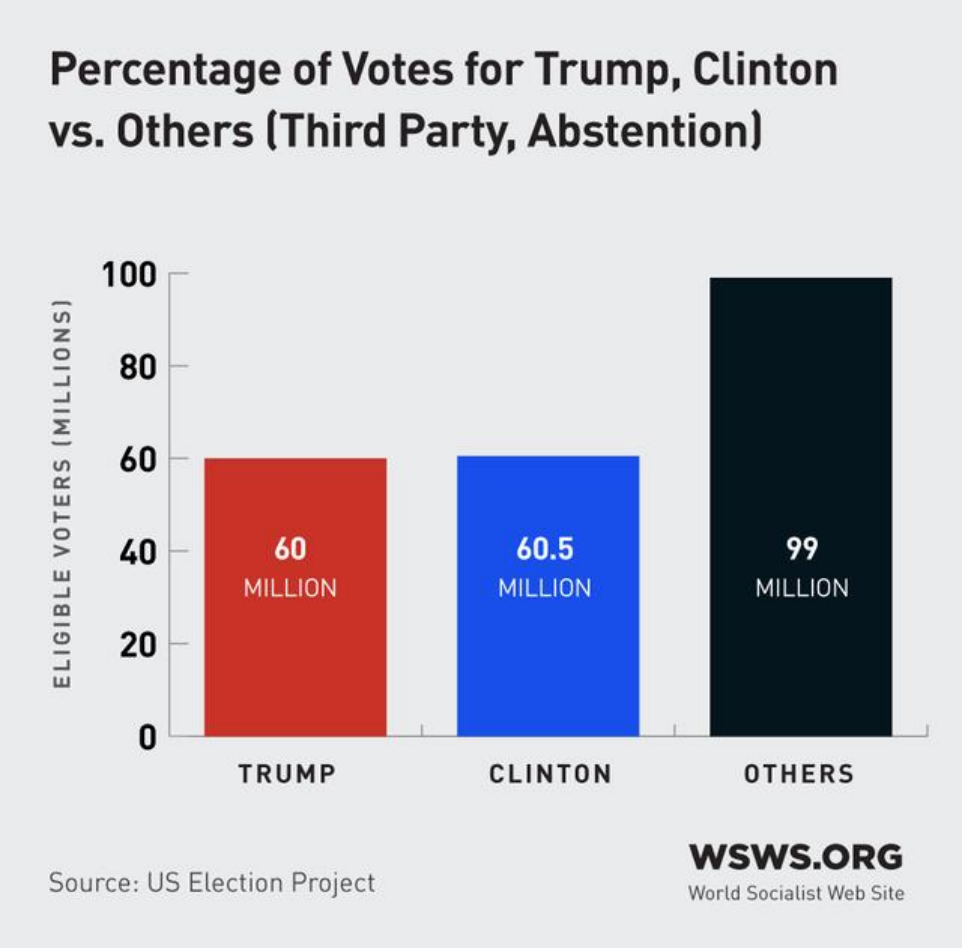


Einbruch der Stimmen für die Demokratische Partei

Die bedeutendste Statistik der Wahl 2016 zeigt, dass sowohl die Demokraten als auch die Republikaner massiv an Unterstützung verloren haben. Hillary Clinton erhielt etwa 10 Millionen Stimmen weniger als Barack Obama vor acht Jahren (wobei die noch nicht ausgezählten Stimmen aus

Kalifornien dieses Ergebnis noch leicht verändern könnten). Trump, der in absoluten Zahlen weniger Stimmen erhielt als Clinton und dennoch aufgrund des Wahlsystems gewann, bekam so wenige Stimmen wie kein anderer Kandidat (Demokrat oder Republikaner) seit 2000. Diese Zahlen sind besonders aussagekräftig, wenn man bedenkt, dass sich die Zahl der Wahlberechtigten seit 2008 um 18 Millionen erhöht hat.

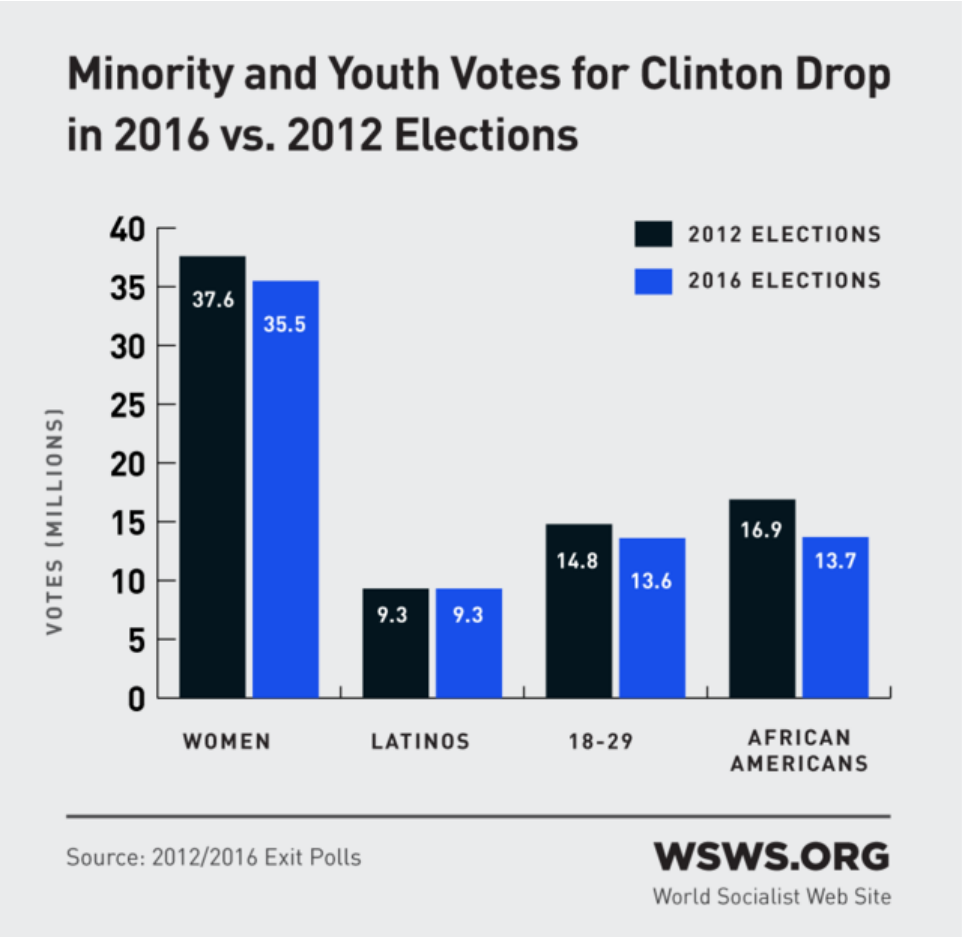
Die Zahl der Wähler, die sich 2016 enthalten oder für eine dritte Partei gestimmt haben, ist mit 99 Millionen deutlich höher als die Stimmenzahl für beide Kandidaten. Diese hohe Enthaltung ist kein Ausdruck von Apathie, sondern von sozialer Unzufriedenheit. Mit anderen Worten, Clinton und Trump haben zwar 26,6 bzw. 25,9 Prozent der Stimmen erhalten, aber 43,2 Prozent der Wähler haben für keinen von beiden gestimmt.



Stimmenanteil von Trump, Clinton und Sonstige

Unter Trumps Wählern waren knapp über 27 Millionen weiße Männer. Das entspricht etwa der Zahl von 27,2 Millionen weißen Männern, die 2012 für den Republikaner Mitt Romney gestimmt hatten. Von den Frauen stimmten dieses Jahr 35,5 Millionen für Clinton, deutlich weniger als die 37,6 Millionen, die 2012 für Obama gestimmt hatten. Bemerkenswerterweise stimmten nur 30 Prozent der wahlberechtigten Frauen für Clinton, 47 Prozent enthielten sich.

Mit Clinton erlitten die Demokraten auch deutliche Verluste unter Afroamerikanern, Latinos und Jungwählern. Barack Obama hatte im Jahr 2012 16,9 Millionen Stimmen von Afroamerikanern erhalten, Clinton erhielt 2016 nur 13,7 Millionen. Bei den Latinos gewann Clinton mit knapp über 9 Millionen ebenso viele Stimmen wie Obama 2012, obwohl die Zahl der wahlberechtigten Latinos in den letzten vier Jahren deutlich gestiegen ist. Unter 18- bis 29-Jährigen erhielt Clinton 13,6 Millionen Stimmen, d. h. etwa 8 Prozent weniger als Obama 2012 (14,8 Millionen), obwohl diese Altersgruppe ebenfalls deutlich gewachsen ist.



Stimmenanteil der Demokraten bei Jugendlichen und Minderheiten 2012 und 2016

Betrachtet man die prozentualen Anteile der abgegebenen Stimmen, so konnte der Kandidat der Republikaner im Vergleich zu 2012 bei allen ethnischen Gruppen zulegen. Doch gerade unter weißen Wählern war der Zugewinn der Republikaner mit 1 Prozentpunkt am geringsten. Bei Afroamerikanern lag er bei 7, bei Latinos bei 8 und bei asiatischstämmigen Amerikanern bei 11 Prozentpunkten.

Diese Verschiebungen vor dem Hintergrund einer hohen Wahlenthaltung waren größtenteils auf wirtschaftliche Themen zurückzuführen. 52 Prozent der Wähler bezeichneten die Wirtschaft das wichtigste Thema der Wahl. Das zweitwichtigste Thema folgte weit abgeschlagen mit 18 Prozent. Rassen- und Genderfragen wurden nicht erwähnt. 68 Prozent der Wähler erklärten, ihre finanzielle Lage habe sich in den letzten vier Jahren entweder nicht verändert oder verschlechtert. 39 Prozent gaben an, sie wollten einen Kandidaten, der „Veränderungen bewirken kann“, und von diesen stimmten 83 Prozent für Trump. Dies ergab zusammen etwa 40 Millionen Stimmen bzw. zwei Drittel von Trumps Gesamtergebnis.

Ein weiteres Anzeichen dafür, dass Trump mit „Veränderungen“ identifiziert wurde, ergibt sich aus dem Abstimmungsverhalten der 18 Prozent Wähler, die nach eigenem Bekunden beide Kandidaten nicht mochten. Sie stimmten zu 49 Prozent für Trump und zu 29 Prozent für Clinton. Vierzehn Prozent erklärten, keiner der beiden Kandidaten sei als Präsident geeignet. In dieser Gruppe setzte sich Trump mit 71 zu 17 Prozent gegen Clinton durch. Zwar gaben 57 Prozent der Wähler an, Trump als Präsident würde ihnen Sorge oder Furcht bereiten, doch auch in dieser Gruppe erhielt Trump 14 Prozent. Diese Zahlen verdeutlichen, wie tief der Hass auf das politische Establishment sitzt.

Sowohl unter den ärmsten als auch unter den reichsten Bevölkerungsgruppen kam es zu starken Verschiebungen, was die Unterstützung für eine der beiden großen Parteien anbelangt. Unter den ärmsten Teilen der Arbeiterklasse mit einem Familieneinkommen von weniger als 30.000 Dollar stieg die Unterstützung für die Republikaner im Vergleich zu 2012 um 10 Prozentpunkte. Noch

ausgeprägter war der Umschwung der ärmsten Wähler zugunsten von Trump in mehreren wichtigen Bundesstaaten im mittleren Westen: in Wisconsin um 17 Prozentpunkte, in Iowa um 20, in Indiana um 19, und in Pennsylvania um 18.

Bei Familien mit einem Einkommen von 30.000-50.000 Dollar wanderten 6 Prozent der Wähler zu den Republikanern ab. Bei den Familien mit einem Einkommen zwischen 50.000 und 100.000 Dollar sank der Anteil an Republikaner-Wählern im Vergleich zu 2012 um 2 Prozentpunkte.

Die Begüterten und die Reichen stimmten in deutlich größerem Umfang für Clinton als für den Kandidaten der Demokraten im Jahr 2012. In der Einkommensgruppe zwischen 100.000 und 200.000 Dollar gewann Clinton gegenüber dem vorherigen Ergebnis der Demokraten 9 Prozent hinzu. Unter Wählern mit einem Familieneinkommen von über 250.000 Dollar stieg die Zahl der Clinton-Wähler um 11 Prozentpunkte. Die Zahl der Demokraten-Wähler im reichsten Wählerblock stieg von 2,16 Millionen im Jahr 2012 auf 3,46 Millionen im Jahr 2016, d .h. um volle 60 Prozent.

Clintons Zuwachs an Stimmen bei den Reichen (1,3 Millionen) konnte ihre Verluste unter Frauen (2,1 Millionen), Afroamerikanern (3,2 Millionen) und Jugendlichen (1,2 Millionen) aus ärmeren Schichten nicht ausgleichen.

Clintons Wahlniederlage ist auf den Charakter ihrer Partei zurückzuführen. Die Demokraten stehen für ein Bündnis der Wall Street und des Militär- und Geheimdienstapparats mit privilegierten Teilen des Kleinbürgertums. Zusammengehalten wird dieses Bündnisses durch eine Politik, die um Hautfarbe, Geschlecht und sexuelle Orientierung kreist. In den letzten 40 Jahren und beschleunigt unter Obama hat die Demokratische Partei jeden Anspruch auf Sozialreformen aufgegeben. Zusammen mit den Republikanern und den Gewerkschaften hat sie eine Sozialpolitik betrieben, die große Teile der Arbeiterklasse in Armut gestürzt hat, und zwar ganz unabhängig von Hautfarbe oder Geschlecht.

Die derzeitige politische Lage ist für die amerikanische und internationale Arbeiterklasse sehr gefährlich. Trumps Regierung wird die reaktionärste in der Geschichte Amerikas sein. Gleichzeitig kündigt sein Wahlsieg explosive soziale Unruhen an. Die Aufgabe von Sozialisten besteht darin, die Arbeiterklasse auf die kommenden Unruhen vorzubereiten. Wir widersetzen uns allen Versuchen, Arbeiter auf der Grundlage von Hautfarbe, Nationalität oder Geschlecht gegeneinander auszuspielen.

Quelle: wsws.org... 14. November 2016